

## Ständerat debattiert über Guantánamo

### Keine Verknüpfung mit UBS

fon. Bern, 2. März

Der Ständerat hatte an seinem ersten Sessionstag Gelegenheit, über die vom Bundesrat vor wenigen Wochen in Aussicht gestellte eventuelle Aufnahme von freigelassenen Häftlingen aus dem amerikanischen Gefangenenlager Guantánamo zu diskutieren. Anlass bildete eine Interpellation von Anne-Christe Seydoux (Jura, cvp.). Sie verlangte vom Bundesrat, den amerikanischen Behörden bei der Bewältigung des Guantánamo-Problems rasch zu helfen.

#### «Nicht einmischen»

Die Meinungen über das bundesrätliche Vorgehen gingen im Rat diametral auseinander. Ein Teil der Ständeräte stimmte der Interpellantin zu und forderte, dass sich die Schweiz mit jenen Gefängnisinsassen solidarisch zeige, die freigelassen werden sollen, aber in ihrem Heimatland gefährdet wären und deshalb nicht dorthin zurückreisen könnten. So plädierte Anita Fetz (Basel-Stadt, sp.) dafür, dass die Schweiz Amerika helfe, den «Schandfleck Guantánamo» aus der Welt zu schaffen. Für Dick Marty (Tessin, fdp.) stellt die Aufnahme der Häftlinge einen Akt der Gerechtigkeit dar; zudem könne die Schweiz den anderen europäischen Ländern, die eine Aufnahme von Guantánamo-Insassen ablehnten, eine Lektion erteilen.

Kein Verständnis für das schweizerische Hilfsangebot und das «Vorpreschen des Aussendepartements» hatte dagegen This Jenny (Glarus, svp.). Es sei nicht einzusehen, warum die Schweiz die Probleme lösen solle, die sich Amerika selber eingebrockt habe. Auch sei das Sicherheitsrisiko nicht zu unterschätzen: Nicht wenige der Guantánamo-Häftlinge hätten nach ihrer Entlassung erneut ihre Gewaltbereitschaft gezeigt. Sich nicht einmischen und schon gar nicht vordrängen, das sei hier die Devise.

#### Einzig ein «humanitärer Akt»

Die Schweiz habe nicht überstürzt gehandelt, verteidigte Aussenministerin Micheline Calmy-Rey das Vorgehen der Landesregierung. Eine entsprechende Anfrage von Amerika sei Wochen vor dem Entscheid des Bundesrates eingetroffen. Derzeit stehe man in Kontakt mit den amerikanischen Behörden. Calmy-Rey verneinte auf eine entsprechende Frage, dass das Schweizer Hilfsangebot an die neue amerikanische Administration auch taktisch genutzt werden soll und mit anderen drängenden Themen - Stichwort UBS, Finanzplatz oder Bankgeheimnis - verknüpft worden sei. Es handle sich einzig um einen «humanitären Akt», so die Aussenministerin. Weiter führte sie aus, dass für die Aufnahme bloss einige wenige Personen - eine bis drei - in Frage kämen, die nicht verurteilt worden seien und von denen keine Gefahr ausgehe. Derzeit prüfe eine interdepartementale Arbeitsgruppe die sicherheitsrelevanten und juristischen Aspekte.

Ein definitiver Entscheid werde erst gefällt, wenn die entsprechenden Ergebnisse vorlägen.